



Antrag

der Abgeordneten **Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass zukünftig in polizeilichen Pressemeldungen die Nationalität von Tatverdächtigen stets zu nennen ist.

Begründung:

Der Staatsminister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Herbert Reul (CDU) hat unlängst angekündigt, künftig in Pressemeldungen der Polizei seines Bundeslandes immer die Nationalität der Tatverdächtigen zu nennen. Begrüßt wurde dieser Vorstoß u. a. vom Staatsminister für Inneres und Europa des Landes Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier (CDU) und vom Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Thomas Bliesener.

Auch aus Sicht der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ist eine solche Maßnahme sinnvoll und notwendig:

Die Öffentlichkeit und unsere Bürger haben ein Recht auf umfassende und wahrheitsgemäße Information, auch und vor allem in Bereichen, die ihre Sicherheit unmittelbar tangieren.

Einerseits gibt es, wie Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann in einem Interview vom 05.08.2019 gegenüber der „Passauer Neuen Presse“ ausführte, statistisch eine überproportionale Häufung bestimmter Deliktarten, besonders im Bereich der Gewaltkriminalität, beim Personenkreis der Zuwanderer. Es kann aber nicht vorausgesetzt werden, dass sich die Normalbürger aktiv entsprechende Informationen aus der polizeilichen Kriminalstatistik erschließen.

Andererseits kann durch die Nennung der Nationalität möglichen Spekulationen im öffentlichen Raum, wie z. B. den sozialen Medien, über eine mutmaßliche Herkunft der Tatverdächtigen vorgebeugt werden.

Ein Verschweigen der Herkunft aus falsch verstandener Rücksichtnahme auf vermeintliche persönliche Schutzbelange der Täter bzw. Tatverdächtigen ist abzulehnen, zudem in aller Regel ein Rückschluss auf die Person aus der Nennung der Nationalität nicht möglich ist.